

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
16. April 2015

Nr. 75/17

Aachen, 16. April 2015

Ratsantrag: Sicherstellung der Finanzierung des Projektes „Aachener Hände“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Aachen würdigt die Arbeit des Projektes „Aachener Hände“ als wichtigen Beitrag zur Integration von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen und beauftragt die Verwaltung mit der Sicherstellung der Finanzierung zur Fortführung des Engagements. Dabei ist neben städtischen Fördermöglichkeiten insbesondere zu prüfen, inwieweit das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zur dauerhaften finanziellen Unterstützung herangezogen werden können.

Begründung

Die Förderung des Projektes „Aachener Hände“ durch Mittel der EU läuft aus. Dadurch entsteht bis zum Ende dieses Jahres ein Fehlbetrag von 60.000 Euro, der die Fortführung der Arbeit gefährdet. Die Sicherstellung von erfolgreichen Konzepten zur Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der – neben den Kommunen - auch Bund und Länder in der Pflicht stehen, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Ellen Begolli

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 76/17

13. April 2015
GRÜNE 13 /2015

Ratsantrag

Treffpunkt Bildung am Neuen Bushof

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion beantragt, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen verfolgt eine räumliche Zusammenlegung der Standorte Volkshochschule und Städtische Bibliothek an einem gemeinsamen Standort Neuer Bushof.

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, zur Vorbereitung des geplanten und bereits beschlossenen Hochbauwettbewerbs, der gemeinsam mit dem Miteigentümer der Immobilie Neuer Bushof durchgeführt wird, ein Raumprogramm von Volkshochschule und Städtische Bibliothek an einem gemeinsamen Standort Neuer Bushof zu erarbeiten und den entsprechenden Gremien im Herbst 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Die bauliche Neukonzeption am Standort Neuer Bushof eröffnet die Möglichkeit, an zentraler und verkehrlich gut erschlossener Stelle in der Innenstadt einen aus Volkshochschule und Bibliothek gebildeten „Treffpunkt Bildung“ als Ort des Wissens und des lebenslangen Lernens mit einem breiten Spektrum an Dienstleistungen und einem reichen Schatz an Informations- und Bildungsangeboten zu schaffen.

Die Räumlichkeiten beider Institutionen haben an den heutigen Standorten einen erheblichen Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf. Die Stadtbibliothek bedarf dringend einer neuen räumlichen Konzeption / Neuordnung und Präsentation, insbesondere unter dem Aspekt der neuen Medien und einer neuen Generation an Kundschaft. Für die Volkshochschule sind sowohl die schlechte Qualität der Räumlichkeiten als auch das problematische Umfeld ein großer Nachteil.

Ein „Treffpunkt Bildung“ mit hoher Attraktivität und entsprechend hohen Besucherfrequenzen wird auch entscheidend zu einer Verbesserung des Umfelds beitragen.

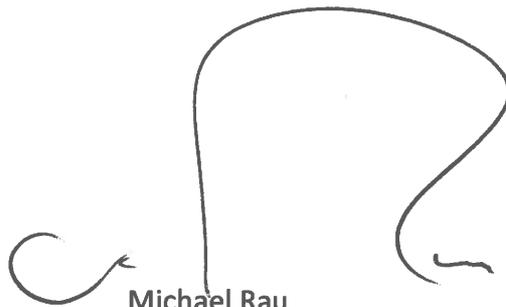
Andere Kommunen ähnlicher Größenordnung haben inzwischen neue, sehr offene bauliche Konzepte umgesetzt und erste Erfahrungen gesammelt (z.B. Koblenz). Auch gibt es gute Konzepte für eine intensivere Kooperation zwischen den Bildungs- und Kultureinrichtungen Volkshochschule und Bibliothek (z.B. Bildungscampus Nürnberg).

Bei einer Zusammenlegung beider Fachbereiche ist von finanziellen und räumlichen Synergien auszugehen.

Zur Finanzierung einer baulichen Neukonzeption kann der bisherige Standort der Stadtbücherei ganz aufgegeben werden und anderen Zwecken zugeführt werden, z.B. Verkauf der Grundstücke und Gebäude für innerstädtischen Wohnraum.

Mit freundlichen Grüßen


Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende


Michael Rau
stv. Fraktionsvorsitzender

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



No. 77/17

20. April 2015
GRÜNE 14 /2015

Ratsantrag

Kommunalen Investitionsfonds des Bundes für Aachen nutzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die GRÜNE Fraktion beantragt, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Mittel aus dem kommunalen Investitionsfonds des Bundes in Anspruch zu nehmen und Projektanträge

- für den Aufbau eines Elektrobussystems,
- für die energetische Sanierung des Welthauses an der Schanz
- und für die Sanierung des Freibads Hangeweiher zu erarbeiten.

Begründung:

Am 18.3.2015 hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf für einen kommunalen Investitionsfonds mit einem Volumen von 3,5 Milliarden Euro beschlossen. Der Bundestag muss diesem Gesetzentwurf noch zustimmen, ebenso der Bundesrat. Diese Beratungen werden im Mai und Juni stattfinden.

Mit dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds soll ein Sondervermögen aufgelegt werden. Die Verteilung der Mittel auf die Länder soll anhand der Einwohnerstärke, der Höhe der Kassenkredite und der Arbeitslosigkeit in Relation zum Bundesdurchschnitt erfolgen.

Der Kommunalinvestitionsförderungsfonds soll insbesondere finanzschwache Kommunen in die Lage versetzen, Investitionen in die Infrastruktur vornehmen zu können. Der Fördersatz kann bis zu 90% betragen. Förderfähig sind Investitionen, die nach dem 30.6.2015 begonnen werden, unter anderem in den Bereichen Krankenhäuser, Städtebau, im Bereich der energetischen Sanierung von Schulen oder kommunalen oder gemeinnützigen Einrichtungen der Weiterbildung sowie im Bereich Klimaschutz.

Die Landesregierung beabsichtigt, zur Verteilung der Gelder und zur Bewertung der Finanzstärke der Kommunen den Verteilungsschlüssel nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz anzuwenden. Dies würde die Stadt Aachen in die Lage versetzen, in den genannten Bereichen eine Investitionsförderung in einer Größenordnung von 13,5 Millionen Euro in den Jahren 2015 – 2018 zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende



Hermann Josef Pilgram
Finanzpolitischer Sprecher

CDU/SPD/Grüne Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 78/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU 0241 / 432 -7211
SPD 0241 / 432 -7215
Grüne 0241 / 432 -7217

Aachen, den 28. April 2015
CDU 15.010, SPD AT 19/15,
Grüne 15/2015

RATSANTRAG

Internationale Bauausstellung IBA Parkstad Limburg für die Region nutzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU, SPD und Grüne im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Aachen sieht die Chance, die Internationale Bauausstellung (IBA) auf der niederländischen Seite auch für die zukünftige Entwicklung Aachens zu nutzen und beteiligt sich am anstehenden Planungs- und Realisierungsprozess.

Begründung

Internationale Bauausstellungen haben in Deutschland eine lange Tradition. So hat die IBA Emscherpark dem Ruhrgebiet geholfen, die ehemalige Bergbauregion aufzuwerten und ihr ein neues Image zu geben. Auch die letzte IBA im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg mit einem Schwerpunkt auf der Schaffung neuen, preiswerten Wohnraums sowie Energieeffizienz und Klimaschutz zeigt positive Wirkungen.

Unsere niederländischen Nachbarn in der Parkstad Limburg haben in 2014 die erste internationale Bauausstellung (IBA) in den Niederlanden gestartet. Vor dem Hintergrund einer Region, die schrumpft, deren Bewohner älter werden und die einem Strukturwandel unterliegt, hat sie sich drei Ziele gesetzt: Flexible Stadt – Energie Stadt – Recycle Stadt. Dazu haben sie mit einem Aufruf ihre Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Unternehmen aufgefordert, Projekte einzureichen. Diese werden zurzeit von einem Qualitätsteam bewertet und sollen

zum Ende des ersten Quartals 2015 bekannt gegeben werden. Der Region stehen 45 Mio. Euro zur Verfügung, um Projekte bis 2020 umzusetzen.

In einem weiteren Schritt will die Parkstad auch die belgischen und deutschen Nachbarkommunen einladen mitzuarbeiten und hat sie aufgefordert, ebenfalls Projektvorschläge zu machen.

Auch wenn unsere Region eine wachsende Region ist, sind die drei Oberthemen durchaus interessant für die Zukunft Aachens. Zudem hat es mit der EuRegionalen 2008 bereits einen vergleichbaren Prozess in der Region gegeben. Eine ganze Reihe von Projekten, die grenzüberschreitenden Charakter hatten, konnten damals nicht realisiert werden, weil eine Förderung über die Grenze hinweg nicht möglich war.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, sich in den Prozess der IBA in der Parkstad Limburg einzubringen. In einem ersten Schritt sollten gemeinsam mit der Städteregion die nicht realisierten Projektideen der Euregionale gesichtet und auf Ihre Umsetzungsmöglichkeiten und ihren Mehrwert für die Region geprüft werden. Weitere Ideen für gemeinsame Projekte könnten in Rücksprache mit den Charlemagne-Partnern und ggf. durch einen Projektauftrag gesammelt werden. Um darüber hinaus von vorneherein die Bürgerinnen und Bürger für die Idee zu begeistern, sollte das Thema IBA Parkstad und die Chancen, die sich daraus für die Stadt Aachen eröffnen, im Bürgerforum vorgestellt werden und die Bürger sollten ebenfalls aufgefordert werden, Ideen einzubringen.

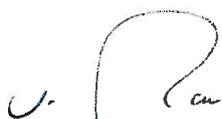
Mit freundlichen Grüßen



Alexander Gilson
planungspolitischer Sprecher
CDU-Fraktion



Norbert Plum
planungspolitischer Sprecher
SPD-Fraktion



Michael Rau
planungspolitischer Sprecher
Grüne-Fraktion



AfD-Ratsgruppe Aachen – Johannes-Pauli-Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
10. Mai 2015

Mr. 79/17

AfD im Rat der Stadt Aachen

Markus Mohr und Mara Müller
AfD-Ratsgruppe Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Pauli-Str. 1

10.05.2015

Ratsantrag: Einführung einer Kastrationspflicht für freilaufende und verwilderte Katzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

- (1) Katzenhalter, die ihrer Katze Zugang ins Freie gewähren, haben diese zuvor von einem Tierarzt zu kastrieren. Dies gilt nicht für weniger als 5 Monate alte Katzen. Als Katzenhalter gilt auch, wer freilaufenden Katzen regelmäßig Futter zur Verfügung stellt.
- (2) Für Katzen, für die einen Halter nicht ermittelbar ist, werden die Kosten von der Stadt Aachen im Rahmen der Gefahrenabwehr übernommen.
- (3) Für die Zucht von Rassekatzen können auf Antrag Ausnahmen von der Kastrationspflicht zugelassen werden, sofern eine Kontrolle und Versorgung der Nachzucht glaubhaft dargelegt wird.

Begründung:

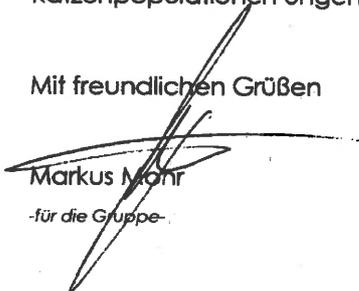
Verwilderte Katzenpopulationen vermehren sich mit steigender Tendenz und führen zu großen Problemen. Eine unkastrierte Katze und ihre Nachkommen können rein rechnerisch in nur 7 Jahren bis zu 420.000 Nachkommen zeugen. Jedes Jahr landen über 300.000 Tiere in deutschen Tierheimen. Verwilderte und damit auch schlecht ernährte Katzen werden häufiger krank und können Krankheiten auf gesunde Tiere und sogar auf Menschen übertragen. Zudem dezimieren freilaufende Katzen die Bestände einheimischer Vögel und anderer Wildtiere drastisch. Die Maßnahme der Kastration von Katzen trägt nachhaltig dazu



bei ein weiteres Anwachsen des Hauskatzenbestandes zu bremsen. Tierschutzvereine, Naturschutzverbände und die Bundestierärztekammer sind sich darin einig, dass die Kastrationspflicht für freilaufende Katzen sinnvoll ist. Katzenhalter tragen die Verantwortung für freilaufende Katzen und sollten dafür auch Sorge tragen. In der Städtereion Aachen haben bisher die Städte Eschweiler, Herzogenrath, Stolberg und Würselen eine Kastrationspflicht für Freigänger Katzen auf Ordnungsbehördenrecht erlassen.

2011 wurde die Kastrationspflicht für freilaufende Katzen im Rat der Stadt Aachen diskutiert, aber nicht eingeführt. Damals gab es rechtliche und praktische Bedenken. Mittlerweile haben hunderte Städte bundesweit eine Kastrationspflicht für freilaufende Katzen eingeführt. Und die Erfahrungen in den anderen Städten zeigen, dass die Kastrationspflicht rechtlich einwandfrei und durchaus praktikabel ist. Zudem hat sich das Problem der freilaufenden und verwilderten Katzen durch die Novellierung des Landesjagdgesetzes verschärft, da nun ein generelles jagdliches Tötungsverbot für verwilderte Katzen gilt und sich die Katzenpopulationen ungehemmt vermehren können.

Mit freundlichen Grüßen


Markus Mohr

-für die Gruppe-

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
12. Mai 2015

Nr. 80/17

11.05.2015

GRÜNE 17 / 2015

Ratsantrag

Umsetzung Busnetzgutachen 2015+: Verlagerung von Haltestellen am Bushof

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Planungen zur Verlagerung der Haltestellen vom Bushof auf das Achsenkreuz Peterstraße, Blondelstraße, Kurhausstraße werden sofort begonnen und zeitnah vorgelegt.

Begründung

Das Innenstadtkonzept sieht vor, auf dem Gelände des heutigen Bushofs eine neue Nutzung mit hoher städtebaulicher Qualität zu etablieren, die diesen Ort zu einem integrierten Teil der Innenstadt werden lässt. Im Zuge dessen müssen Haltestellen aus der Bushalle in den Straßenraum verlagert werden.

Das Busnetzkonzept 2015+ schlägt vor, eine zentrale Haltestelle mit verschiedenen Haltepositionen in den Straßenräumen um den Knotenpunkt Peterstraße / Kurhausstraße / Blondelstraße zu errichten. Dieser Vorschlag soll planerisch bis zur Umsetzungsreife vorgebracht werden, damit sehr bald schon der Umstieg zwischen den Haltestellen barrierefrei und mit kurzen Wegen möglich wird.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Wilfried Fischer
Mobilitätspolitischer Sprecher

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



13. Mai 2015
GRÜNE 18 /2015

Nr. 81/17

Ratsantrag

Projektvorschlag für die Internationale Bauausstellung Parkstad Limburg: Euregionaler Architektenwettbewerb für die Bebauung Richtericher Dell

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion beantragt, im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zur Aufstellung des ersten Bebauungsplans, einen euregionalen Architektenwettbewerb für die ersten Cluster im Wohngebiet Richtericher Dell vorzubereiten.

Begründung:

Die neue Wohnbebauung Richtericher Dell kann durch ihre Grenzlage ein gelungener Knotenpunkt zwischen Parkstad und Aachen werden und das Wohnen und Arbeiten über die Grenzen hinweg ermöglichen. Neben der bereits vorgesehenen energieeffizienten Bauweise und einer optimalen Anbindung an den ÖPNV nach Aachen und Heerlen sollte das Baugebiet auch Ausdruck der Baukultur in der Region werden.

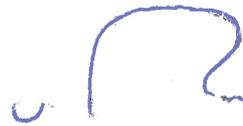
Mittels eines euregionalen Realisierungswettbewerbs für die ersten Cluster könnten belgische, niederländische und deutsche Architekten ein euregionales Wohnquartier entwickeln.

Das Projekt könnte die IBA begleiten oder sogar ein echter Beitrag zur Internationalen Bauausstellung Parkstad Limburg sein.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende



Michael Rau
stv. Fraktionsvorsitzender